

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Schönbach  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 20011  
Schreibweise: Lateinisch  
Dresden - K. 1, Marienstraße 28/29

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), bei halbjährlicher 12,00 Mk., bei vierteljährlicher 6,00 Mk., bei vierteljährlicher 3,00 Mk.  
bei 7mal wöchentlichem Besuche, Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm  
breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt  
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Werkausgabe 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offerten-  
gebühr 20 Pfg., Kündigungsgebühr gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichelt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1018 Dresden,  
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unberichtigte  
Schuldrücke werden nicht aufbewahrt

## Die „Bedingungen“ der Sozialdemokratie

### Aufmarsch der Rechtsparteien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. September. Morgen tritt das Reichskabinett zusammen, um die neuen Gesetzesvorlagen zu beraten, die das Kabinett dem Reichstag vorlegen will und die das in den Notverordnungen begonnene Reformwerk erweitern und vollenden sollen. Das Reichskabinett muß naturgemäß bei der Gestaltung der Vorlagen sich darüber klar werden, von welcher Seite des neuen Reichstags es die Unterstützung suchen will. Das vor den Wahlen angewandte Prinzip, den Reichstag vor die Alternative zu stellen: Annahme oder Auflösung, ist heute nicht mehr anhängig, und die Regierung wird sich ferner darüber klar sein, daß

jetzt, nachdem die Oppositionsparteien ihrer Stärke bewußt geworden sind, eine außerparlamentarische Lösung, unternommen von der Regierung Brünning, ungeheure politische Gefahren mit sich bringen würde.

Das Kabinett wird also seine neuen Vorlagen so anlegen, daß es entweder von der Rechten oder der Linken des Hauses Zustimmung finden kann.

Stellt das Kabinett aber seine Vorlagen mit Rücksicht auf die parlamentarische Lage auf, dann bestehen große Gefahren für die innere Geschlossenheit der Regierung. Der „Vorwärt“ vom Sonntag meldet ganz eindeutig die Forderungen an, die die Sozialdemokratie berücksichtigt wissen will, wenn sie sich zur Unterstützung der Regierung Brünning entschließen soll. Die erste Forderung ist die nach einer entschiedenen republikanischen Staatsgewalt. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie die wichtigsten Ministerien besetzen will, die über Anwendung militärischer und polizeilicher Mittel entscheiden. Die weiteren Forderungen sind: Erziehung der Rotverordnungen durch Weisung, Schutz der Arbeitnehmerrechte gegen Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiter, Kurswechsel unserer Handelspolitik, das heißt Beschränkung der Schutzpolitik für die deutsche Landwirtschaft.

Nimmt man alle diese sozialdemokratischen Forderungen zusammen, dann erkennt man, daß die Regierung ihr ganzes Programm preisgeben muß, wenn sie ihre parlamentarische Unterfraktion auf der linken Seite des Reichstages suchen will.

Man wird annehmen dürfen, daß das Reichskabinett sich nicht ohne weiteres zu einer solchen Preisgabe ihres Programms entschließen wird. Sicher dürften nicht alle Mitglieder des Kabinetts einen solchen Kurswechsel mitmachen. Die Auffassungen der Minister Trevelyanus und Schiele in dieser Frage sind bekannt. Ein Entschluß des Reichskabinetts würde natürlich sehr erleichtert werden, wenn rechtsseitig

#### der Parteienaufmarsch auf der Rechten

zum Abschluß gebracht wird. Die Sammlungsbestrebungen zwischen den neuen Fraktionen auf der Rechten sind leider noch nicht so weit gediehen, daß man mit Sicherheit annehmen

könnte, daß die Rechtsoption sowie die Splitterparteien aus den Deutschnationalen sich wirklich zusammensünden. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der

die Auffassungen der Christlichnationalen Bauernpartei wiedergibt. In diesem Artikel heißt es: „Es gilt, durch neue Formen des Zusammenwirkens aller Teile der Rechten doch wieder zu der gleichen politischen Schlagkraft der gesamten Rechten zu kommen, wie sie eine einheitliche Rechtspartei besitzen würde. Im Lager der Rechten wird man die Nationalsozialisten nicht als eine revolutionäre Partei ansehen können, wenn auch der Begriff „revolutionär“ in dem hier behandelten Zusammenhang nicht ohne weiteres durch die Frage der Legalität oder Illegalität der Kampfmittel zu beantworten ist. Nein, praktisch gesprochen: Die Grundzüge des Programms, auf denen die alte Deutschnationale Volkspartei aufgebaut wurde, gelten auch heute noch wesentlich für die Anforderungen, die sich äußerlich von der Deutschnationalen Volkspartei unterscheiden haben. Die Streitfrage geht darum, in welchen Formen und mit welchen Mitteln diese Grundzüge zu realisieren sind.“

Die Ständen des Wahlkampfes mit einem großen Schwamm und für alle Zukunft vom Tisch weggewischt, um den sich die verschiedenen Teile der Rechten gruppieren, dann ist der entscheidende Schritt zu neuem, fruchtvollem Zusammenwirken geschaffen, gleichviel, in welcher Form es sich auch vollziehen mag.“

Diese Ausführungen lassen erkennen, daß die Christlich-nationale Bauernpartei, die, wie wir bereits mitteilen konnten, ihrerseits enge Fühlung mit der Wirtschaftspartei angenommen hat, für sich und wohl auch für diese eine enge Verbindung mit den Deutschnationalen erstrebt, die ihrerseits Wert darauf legt, in Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu bleiben. Man erkennt daraus, daß im allgemeinen die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, eine geschlossene Einheit zustandzubringen, um die Politik der Rechten mit Nachdruck im neuen Reichstag zur Geltung zu bringen.

Veider hat sich die Christlich-Soziale Gruppe bisher von diesen Bemühungen ferngehalten.

Sie betont nach wie vor, daß sie sich ihre Entscheidungen vorbehalten werde. Hoffentlich wird der Reichsausschuß dieser Partei, der Anfang Oktober zusammentritt, politische Richtlinien festlegen, die ein Zusammenwirken dieser Gruppe mit den bürgerlichen Parteien der Rechten für die Dauer ermöglicht und sichert.

Die Parteiführer der verschiedenen Rechtsparteien werden auf diese Notwendigkeit von vornherein bei den Verhandlungen Rücksicht nehmen müssen, die der Reichsausschuß im Anschluß an die Kabinettsitzung mit den Parteien einleiten wird. Diese Verhandlungen müssen zu dem Ende kommen, daß die Regierung, ob sie will oder nicht, ihre parlamentarische Unterfraktion auf der Rechten des Hauses sucht.

#### Weltabrüstungskonferenz im November 1931

London, 22. Sept. Wie der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, haben die Delegationen Englands, Frankreichs und Deutschlands eine stillschweigende Vereinbarung erreicht, daß die vorbereitende Abrüstungskommission vom 8. November bis Weihnachten tagen, und daß im November nächsten Jahres die allgemeine Abrüstungskonferenz abgehalten werden soll. Diese Vereinbarung sei besonders der Rede Gundersens in der Völkerverversammlung zu danken.

#### Wiederaufrollung der Kriegsschuldenfrage?

Washington, 22. Sept. Wie verlautet, sollen im Staatsdepartement Berichte vorliegen, nach denen der britische Schatzkanzler Snowden nicht den Wunsch hegt, die Frage der Kriegsschulden gegenwärtig wieder aufzurollen, weil dann auch eine Revision der Reparationszahlungen auf werden müßte, was wiederum eine Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage zur Folge haben würde.

Hier vorliegende inoffizielle Nachrichten aus Europa sprechen hingegen von erneuten Bemühungen, eine Herabsetzung der Kriegsschulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten zu erreichen und geben der Meinung Ausdruck, daß die außerordentliche Zunahme der Nationalsozialisten in Deutschland einen starken Anstoß zur Wiederaufrollung der Schuldenfrage geben wird.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß, während eine Herabsetzung der Schulden vielleicht eine Besserung der Wirtschaftslage, wenigstens soweit England in Betracht kommt, nach sich ziehen würde, eine Verleumdung der englisch-amerikanischen Beziehungen eintreten könnte infolge der heftigen Debatten im Kongreß über die Schuldenfrage.

#### Vorbereitungen im Wallhofbau

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. September. Im Reichstagsgebäude ist man gegenwärtig damit beschäftigt, sich für den Empfang des neu gewählten Reichstags zu rüsten. Überall sind Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten im Gange, um das ganze Haus einer gründlichen Reinigung zu unterziehen und entstandene Schäden zu beseitigen. Im Plenarsitzungsraum sind an den Strahlen und Balken der Abgeordneten mit Hilfe eines Lackspriehverfahrens die Farben aufgetragen worden. Vielleicht ist ein erhöhter Teil der hier geleisteten Arbeit überflüssig gewesen, da der um fast hundert Abgeordnete vergrößerte Reichstag jedenfalls einige Umbauten im Sitzungssaal erforderlich machen wird. So ist es wahrscheinlich geworden, daß man zur Unterbringung der neuen Abgeordneten im hinteren Teile des Saales alle Pulte beseitigt und statt dessen neue Sitze schaffen wird.

Die meisten Fraktionen werden schon vor dem Zusammentritt des Reichstags Beratungen abhalten. Die Staatspartei hat bereits eine erste politische Aussprache gehabt. Am Mittwochnachmittag tritt auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, um sich zu konstituieren und die politische Lage zu besprechen. Für Freitagnachmittag ist die Fraktion der Wirtschaftspartei einberufen worden.

#### Keine Verhandlungen über ein Zigarettenmonopol

Berlin, 22. Sept. In Meldungen eines Berliner Mittagsblattes, in denen von Verhandlungen zwischen dem Chef der großen Zigarettenfirmen und Vertretern der Regierung über ein Zigarettenmonopol die Rede ist, hören wir von zuständiger Seite, daß keinerlei Verhandlungen geführt werden.

## Curtius vor dem Minderheitenausschuß

### Antwort an Salesti

Genf, 22. Sept. Die heutige Fortsetzung der Aussprache über die Minderheitenfrage gestaltete sich zu einer bedeutungsvollen Auseinandersetzung, in die Reichsaussenminister Dr. Curtius mit einer eindrucksvollen Rede eintritt. Die Debatte wurde eingeleitet durch längere Erklärungen des

#### griechischen Außenministers Michalakopoulos,

der nachzuweisen suchte, daß ein weitgehender Minderheiten-schutz gegen die Interessen des Friedens verstoße. Er war für das allmähliche gewaltlose Aufgehen der Minderheiten. Der

#### polnische Außenminister Salesti

erhob grundsätzliche Bedenken gegen den Entschließungs-entwurf der deutschen Delegation. Er schlug der deutschen Regierung vor, mit gutem Beispiel voranzugehen und jetzt schon zu erklären, daß sie bereit sei, sofort einen allgemeinen Minderheitenvertrag zu unterzeichnen, und daß sie sich verpflichte, sich ausnahmslos allen Vorschriften des geltenden Verfahrens zum Schutz der Minderheiten zu unterwerfen.

#### Reichsminister Dr. Curtius

stellte hierauf zunächst die Auffassungen über den von der deutschen Delegation überreichten Entschließungsentwurf richtig. Die deutsche Delegation beantrage nicht die sofortige Aenderung der Madrider Beschlüsse, aber ihre Reform scheine sich doch am Horizont abzuzeichnen. Dr. Curtius betonte nochmals das Interesse, das für den Völkerverbund und die Minderheiten an einer möglichst vollkommenen Aufklärung der wesentlichen über die Lage der Minderheiten bestehe. Auf seine beiden Vorredner Bezug nehmend, gab Reichsminister Dr. Curtius zunächst seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der griechische Außenminister die Minderheiten als abgetan betrachtete Assimilierungstheorie wieder

vorgebracht habe. Sie stehe im Widerspruch zu den Aufgaben des Völkerverbundes, wie dies vom englischen Vertreter in der Märztagung vorigen Jahres ausdrücklich festgestellt worden sei. Zu den Ausführungen des polnischen Vertreters erklärte Dr. Curtius, daß durch die Verträge ein neuer Geist geschaffen werden sollte. Um weiterzukommen, sei es wichtiger, für die Besserung der Verhältnisse in der Gegenwart zu sorgen, als sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Deutschland sei bereit, über die Ausdehnung des Grundgesetzes der Minderheitenschutzverträge positiv zu verhandeln.

## Der Schatz der letzten Inka gefunden

New York, 22. Sept. Nach langem vergeblichen Suchen ist es einem Rechtsanwalt Torre, der aus Panama an der Spitze einer Schatzgräbertruppe nach Ecuador aufgebrochen war, gelungen, in den Anden den sagenhaften Inkaschatz

#### in der Nähe des Indianerdorfes Niaz

zu finden. Als die spanischen Eroberer unter Cortez in das damals mächtige Inkareich brangen, erkannten sie über die ungeheuren Reichtümer an Gold und Smaragden, die das Inkavolk besaß. Der Tempel war aus reinem Golde, ebenso die Tempelgeräte und der Palast des Inkakönigs, und die Wohnungen der Adligen umschlossen unschätzbare Vermögen. Die Inka gaben den Spaniern gerne von ihren Schätzen, aber die Habgier der Eroberer kannte keine Grenzen. Sie mordeten und plünderten, bis die Inka schließlich in ihrer Verzweiflung ihre Goldschätze in tiefe Gebirgsseen warfen und in Höhlen verbargen.

Torre hat nun die Begräbnisstätte des letzten Inkakönigs, Atahualpa, die den eingeborenen Indianern als ein Hei-

ligum galt, entdeckt. Der dort gefundene Schatz an Gold und Smaragden hat einen ungeheuren Wert. Torre hat seine Regierung in Panama ersucht, ihm Soldaten zum Schutz zu senden, da er Überfälle der Indianer befürchtet, die sich der Hebung des Goldschatzes widersetzen dürften. Auch über das Befahren des Schatzes dürften Streitigkeiten ausbrechen, da noch direkte Nachkommen des letzten Inkakönigs gültig verarmt im Dorfe Yanaquis leben und auch die Regierung von Ecuador Ansprüche stellen wird.

#### Revolutionsgerüchte aus Chile

New York, 22. Sept. „Associated Press“ wurde aus Buenos Aires gemeldet, daß in Concepcion (Südchile) gegen die Regierung des Präsidenten Ibáñez ein Aufstand ausgebrochen sei. Aber die New Yorker öffentliche Befandtschaft erklärt, daß die Revolution zusammengebrochen sei und das Land sich in Ruhe befinde.